



VEREINIGUNG FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG

Protokoll zum SRL – Arbeitskreistreffen „Soziale Stadt“ vom 24.03.2007

Teilnehmer: Wolfram Schneider, Claus Sperr, Tomas Grohé, Andreas Hirt, Irmgard Schiller, Miriam Kamp-Murbyt, Christiane Schlonski, Gabriele Zewe, Anette Herrmann, Heide Becker, Wolfgang Oehler, Wolfgang Klingelhöfer (Nicht-Mitglied)

Termin: 24.03.2007, 11.00 bis ca. 16.00 Uhr

Ort: Hotel Kurfürst Wilhelm I, Kassel

Protokoll: Wolfgang Oehler

Vorgeschlagene Tagesordnung

- TOP 1: Was gibt es Neues in der „Sozialen Stadt“
- TOP 2: Themenheft PLANERIN „Verstetigung in der Sozialen Stadt“
- TOP 3: Leistungsbilder zur Qualitätssicherung
- TOP 4: Sonstiges

Zu TOP 1 Was gibt es Neues in der „Sozialen Stadt“

Claus Sperr: In Bayern wird das Programm „Soziale Stadt“ von großen und kleinen Kommunen in Anspruch genommen. Es zeigt sich, dass die kleineren Kommunen (bis 10.000 Einw.) mit dem Programm „Soziale Stadt“ vielfach überfordert sind und häufig nur eine geringe Sensibilität oder Aufgeschlossenheit für die inhaltlichen Belange und Aufgaben dieses Programms besteht. Etliche Kommunen sind eher an der Inanspruchnahme der StBauF-Mittel interessiert als an dem mit dem Programm verbundenen integrativen Ansatz. Hier bedarf es für die kleineren bayerischen Kommunen eine verstärkte „Programmsensibilisierung“.

Andreas Hirt: In Hessen macht sich im Kontext mit dem Programm „Soziale Stadt“ gegenwärtig ein wenig „Endzeitstimmung“ breit, da die Ergebnisse der Programmevaluation der hessischen Gebiete durch HEGISS („Hess. Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“) so gut wie gar nicht in politisches und verwaltungsbezogenes Handeln Eingang genommen hat. Sowohl Aspekte der Programmverstetigung als auch ressortübergreifendes Handeln und Wirken wurde selbst auf Landesebene nicht aufgegriffen, geschweige denn umgesetzt. Auch sind Entscheidungen, z.B. im Zusammenhang mit Neuanmeldungen von Gebieten und deren Ablehnung intransparent bzw. nicht nachvollziehbar. Ko-Finanzierungsmittel für die Soziale Stadt werden von Seiten des Landes reduziert. Wie es mit der Arbeit von HEGISS, die die Schnitt- und Koordinierungsstelle zwischen Land und Kommunen darstellt, nach Ende des Jahres weitergehen soll, ist noch völlig offen, nachdem der Geschäftsführer nach einem Jahr Tätigkeit aufhören wird.

Irmgard Schiller: Sie ist städtische Mitarbeiterin in Gelsenkirchen und zuständig für das Soziale Stadt-Gebiet „Bismarck“, dessen Programmförderung Ende 2007 auslaufen wird. Im Sinne der Verstetigung des Entwicklungsprozesses wird derzeit versucht, das aufgebaute Stadtteilbüro in eine Trägerschaft mit der AWO zu überführen sowie Drittmittel zu akquirieren, um den Übergang in einen nachhaltigen Entwicklungsprozess zu ermöglichen.



VEREINIGUNG FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG

Marion Kamp-Murby: In NRW sind 3 neue Gebiete angemeldet worden. Bei zwei dieser Anmeldungen ist jedoch von Seiten der Kommune nicht ersichtlich, wie in die jeweiligen Quartiere hineingewirkt werden kann und wie dieses bewerkstelligt werden soll. Insgesamt gibt es 61 Stadtteile im Programm, von denen 40 Projektgebiete sich im Prozess befinden und 21 Gebiete dabei sind, den Versteigerungsprozess anzulegen.

Christiane Schlonski: Nach wie vor stellt sich die Abwicklung von Förderprogrammen im Rahmen der Städtebauförderung (Soziale Stadt, Stadtumbau-West sowie Sanierung) aufgrund sich ständig ändernden Landesrichtlinien in Schleswig-Holstein schwierig dar. Insbesondere die Durchführung und Abwicklung von wichtigen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von Städtebauförderungsprojekten wird zunehmend stark durch bürokratische Hürden eingeschränkt.

In Bezug auf das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ wurde auf einen aktuellen Spiegel-Artikel hingewiesen, der gemäß der Boulevardpresse äußerst unsensibel und reißerisch das Gebiet Bremen - Osterholz-Tenever und der langjährigen Quartiersentwicklung darstellt. Derartige Stadtteile und die hier wahrgenommenen Quartiersarbeit hat derzeit in der bundesdeutschen Presselandschaft keine Lobby.

Gabriele Zewe: In Rheinland-Pfalz ist eine Entwicklungsagentur von Seiten der Landesregierung gegründet worden, die für das Ministerium u. a. das Zusammenwirken von Landesplanung und Raumordnung vor dem Hintergrund von Stadtentwicklung koordiniert und steuert. Diese Agentur ist zudem künftig für die Kommunen im Zusammenhang mit der Abwicklung des Programms Soziale Stadt zuständig.

Anette Herrmann: In Schleswig-Holstein gibt es derzeit 14 Programmgebiete, von denen jetzt zwei Gebiete ausgelaufen sind. Die Handhabung des Programms der Sozialen Stadt, die beim Innenministerium angesiedelt ist, wird auf Landesebene zunehmend stark vom bürokratischen Formalismus geprägt. Man hat zunehmend den Eindruck - ähnlich wie in Bayern -, dass Kommunen weniger an den programmatischen Inhalten und Zielen der Sozialen Stadt als vielmehr an den Finanzmitteln für Investitionen interessiert sind.

Wolfgang Oehler: Das Thema Verstetigung der Aktiven Stadtteilentwicklung in Hamburg (Soziale Stadt) sowie die Instrumente nachhaltiger Quartiersentwicklung wird zurzeit sehr intensiv diskutiert, einerseits vor dem Hintergrund des ab Sommer aufkommenden Wahlkampfes für die Hamburger Bürgerschaft und andererseits weil der Hamburger Arbeitskreis der Sanierungsträger und Quartiersentwickler (AHS) die Fachbehörde (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) aufgefordert hat, einen Fachaustausch über die vielfältigen Ansätze nachhaltiger Quartiersentwicklung in den Hamburger Fördergebieten zu initiieren oder zumindest hierüber im Rahmen einer Fachpublikation zu berichten; die letzte Veröffentlichung der Fachbehörde über die Soziale Stadt in Hamburg stammt von 1999.

Heidede Becker: In Bezug auf die Einsatzmöglichkeiten der über das BMVBS zusätzlich bereitgestellten Bundesmittel für das Programm Soziale Stadt kommen zunehmend nichtinvestive Maßnahmen größere Bedeutung zu.

Wolfram Schneider: In NRW wurden 12 Projekte in 40 Soziale Stadtgebieten mit einem Volumen von rd. 20 Mio. € angemeldet, die sich zu je 1/3 auf Bund, Land und Kommune verteilen. Hierbei ist festzustellen, dass die Kommunen in ihren Quartieren z. T. zunächst mit kleinen Maßnahmen den Entwicklungsprozess beginnen.

In NRW ist ähnlich wie in Hessen ein Städtenetzwerk Soziale Stadt aus einer Selbstorganisation von Städten plus Vertreter des lokalen Quartiersmanagement heraus entstanden, das gegenwärtig gut zusammenarbeitet.

Vor dem Hintergrund der zusätzlichen jedoch begrenzten StBauF-Mitteln musste in NRW ein Wettbewerbsverfahren zur Programmaufnahme durchgeführt werden, das 170 Projekte anhand bestimmter Kriterien auswählen musste. Einer der wichtigsten Parameter war der Faktor der Nachhaltigkeit und dass die Projekte auf einem bestehenden Handlungskonzept aufsetzen mussten. Zudem sollten die Projekte etwas Neues und Zusätzliches sein.

In Gelsenkirchen befinden sich mittlerweile 2/3 der Bevölkerung (rd. 270 Tsd. Einwohner) in Projektgebieten der Sozialen Stadt oder Projektgebieten des Programms Stadtumbau-West. Auf Grundlage von Ergebnissen einer Wohnraumbedarfsanalyse werden für das Stadtgebiet Areale begründet, bei denen Handlungsbedarf besteht. In mehreren Gebieten, bei denen eine Handlungsnotwendigkeit besteht, müssen jederzeit „Einstiegsmöglichkeiten“ geschaffen werden. Zwischen Förderantrag und Bewilligung besteht gegenwärtig eine Zeitspanne von ca. 1 ½ Jahre. In der Zwischenzeit werden i. d. R. in den Gebieten vorbereitende Maßnahmen („Handlungsvorbereitung“) durchgeführt.

Für die Stadt ist es notwendig, in einem ersten Schritt eine ganzheitliche Strategie zu entwickeln und in einem 2. Schritt diese Strategie („Soziale Stadtpolitik“) in die Politik zu tragen.

Ähnlich wie Duisburg wird eine „behördliche Ausgründung“ aus der kommunalen Verwaltung in Gelsenkirchen geplant, um dann hieraus eine städtische Gesellschaft zu gründen. Entscheidung soll ca. in 2 Monaten erfolgen.

Zu Top 2: Diskussion zum Themenheft PLANERIN „Verstetigung in der Sozialen Stadt“

Als Grundlage für diesen Tagesordnungspunkt wurden die für das Themenheft vorgesehenen Artikel im Entwurfscharakter den Teilnehmer einerseits mit der Einladung zu diesem Arbeitstreffen zugeschickt oder – falls nicht erhalten - den anwesenden Teilnehmern auf der Sitzung ausgehändigt.

Für eine gemeinsame Diskussion wurde eine Lesepause für die vorgelegten Artikelentwürfe von rd. 10 Minuten anberaumt.

Das geplante Themenheft PLANERIN (5/2007) „Verstetigung der Sozialen Stadt: Erfahrungen – Perspektiven – Handlungsansätze“ ist neben dem Editorial und Epilog gegliedert in „Erfahrungen“, „Handlungsansätze“ und „Perspektiven“.

Insgesamt – so ein Kommentar der Anwesenden mit Blick auf den Konzeptentwurf – sollte die Aufteilung der Artikel (insbesondere in der Rubrik „Handlungsansätze“) nicht zu „NRW-lastig“ sein. Vor allem im Abschnitt „Erfahrungen“ sollte bei den Artikeln unbedingt der Landesansatz erkennbar sein.

Einen Erfahrungsbericht aus Schleswig-Holstein mit einzubinden wäre gut; hierbei wurde auf die BAG Tagung „Soziale Stadt“ verwiesen, die vor kurzem in Itzehoe stattgefunden hat.

Der angekündigte Artikel Nr. 5 „HEGISS – Fortführung Servicestelle Hessen“ wurde vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation als problematisch angesehen. Hierbei sollte der noch zu schreibende Artikel vor allem kritisch und auf die bisherige Arbeit reflektieren; also eher einen (selbst)kritischen Erfahrungsbericht, der jedoch

auch die Perspektive beinhalten sollte. In diesem Zusammenhang könnte hierbei auch auf Erfahrungen aus NRW oder auch aus Rheinland-Pfalz (aktuell) – Netzwerkgedanke – Bezug genommen werden.

Es ist insgesamt auch von Seiten der Geschäftsstelle gewollt, dass es Folgebeiträge auch als Reaktion auf die einzelnen Artikel des Themenheftes geben wird und dass diese in den folgenden PLANERIN-Heften im Sinne eines Diskurses abgedruckt werden. Für dieses Themenheft ist Redaktionsschluss Ende Juni 2007.

Um den Diskurs über die „Versteigerung der Soziale Stadt“ zu pflegen und fortzuführen oder ggf. zu intensivieren sollte das Thema selbst zu einen Jahrestagungsthema der SRL (vgl. Jahrestagung 2008 nachf.) werden und/oder im Bereich der jeweiligen Regionalgruppen im Rahmen einer speziellen Veranstaltung diskutiert werden. Wichtig ist, dass das Thema gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Aufwandes des Arbeitskreises auch im Anschluss an das Themenheft in der SRL weiterbewegt werden muss.

Im Rahmen der Diskussion um die angestrebten Inhalten auf Grundlage des vorgelegten Konzeptentwurfes wurde von den Teilnehmern angeregt, dass ein Mehr an unterschiedlichen Akteuren (Bund, Länder, Kommunen, Politik, Wohnungswirtschaft) zu Aspekten der „Verstetigung der Sozialen Stadt“ in dem Themenheft zu Worte kommen sollten. Zum Beispiel zu den Fragen: Wie kann und sollte künftig die Verstetigung auf Bundes- und Landesebene organisiert werden? Wie kann eine ressortübergreifende Mittelbündelung auf den verschiedenen Entscheidungsebenen intensiviert und ggf. verpflichtend organisiert werden? Diese Fragestellungen könnten unter der Rubrik „Perspektiven“ von den unterschiedlichen Akteuren/Institutionen abgehandelt werden. Zu den vorgeschlagenen Fragestellungen wurde der Hinweis gegeben, dass die Beiträge sowohl Erfolge als auch Defizite wie auch Aspekte der Neuausrichtung beinhalten sollten.

Die Texte dürfen maximal eine Länge von einer $\frac{3}{4}$ Seite (2.500 – 3.000 Zeichen) umfassen.

Als Personen/Institutionen, die diesbezüglich angesprochen werden sollten, wurden vorgeschlagen:

- Herr Lüttke-Daldrup (BMVBS) oder Staatssekretär Achim Großmann; soll von der SRL-Geschäftsstelle (Rainer Bohne) angesprochen werden
- Petra Weiß (GAL - MdB); soll von Wolfram Schneider angesprochen werden
- Hartmut Häußermann; soll von Heidede Becker angesprochen werden
- Herr Kostka (Geschäftsführer des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen VNW); soll von Annette Herrmann angesprochen werden
- Herr Kuhlenkampff (Schader-Stiftung); soll von Andreas Hirt angesprochen werden
- Herr Theis (EKD, Diakonischer Bundesverband); soll von Andreas Hirt angesprochen werden

Darüber hinaus wurde besprochen, dass Tomas Grohé einen Entwurf für das Editorial anfertigt, aus dem Sinn und Zweck bzw. Ziele und Aufgaben des Themenheftes hervorgeht. In diesem Zusammenhang wurde von den Teilnehmern hervorgehoben, dass es einerseits eine Schwierigkeit sein wird, eine möglichst einhellige Position zur Perspektive „Soziale Stadt“ zu erhalten bzw. abzuleiten vor dem Hintergrund der heterogenen Erfahrungswelt der einzelnen Artikelverfasser. Andererseits sollte in Anbetracht der in Teilen unterschiedlichen Inhalte und programmatischen Zielsetzungen der einzelnen Förder- bzw. Landesprogramme (Stadtumbau, Wachsende Stadt, Kreative Stadt, etc.) der Begriff „Soziale Stadt“ und die damit verbundene Zielorientierung zu Beginn des Heftes vielleicht einmal deutlich gemacht werden.

Im Zusammenhang mit dem (angefragten) Artikel Nr. 14 („zent. Handlungsfelder“) unter der Rubrik Perspektiven wurde Hinweis gebracht, dass der Artikel das Verhältnis resp. die Widersprüchlichkeit zwischen Anspruch und „Antworten“ vor dem Hintergrund der Perspektive „Verstetigung“, der sich in den benannten Handlungsfeldern widerspiegelt, aufgreifen und problematisieren.

Hinsichtlich des Artikels Nr. 15 „Raumorientierung“ wurde vorgeschlagen, dass nicht wie vorgesehen Klaus Wermker den Artikel schreiben sollte. Für besser hierfür erachtet wurde Walter Siebel. Der vorliegende Text könne in der vorliegenden Fassung nicht verwendet werden.

Zum vorliegenden Artikel Nr. 17 „Verbindung mit anderen Programmen“ wurde angemerkt, dass der Artikel entsprechend der Überschrift verstärkt im Sinne des Verhältnisses auf eventuelle Parallelen, „Konkurrenzen“ oder auch Synergien (wie unterstützen sich gegenseitig die Programme) eingehen sollte.

Bezüglich des Artikels Nr. 03 „Erfahrung NRW“ wurde von den Anwesenden hervorgehoben, dass der Artikel redaktionell noch einmal überarbeitet werden sollte. So sollte der besseren Lesbarkeit wegen bei den Aufzählungen eine Nummerierung erfolgen.

Für den Artikel Nr. 04 „Kurzfassung Charta“ wird der besseren Einordnung wegen empfohlen, dass der Artikel eine kurze Einführung erhalten sollte, aus der erkennbar wird, warum es eine Charta gibt und welche Funktion dieses Papier hat bzw. haben sollte.

Im Hinblick auf den zu erwartenden Artikel Nr. 5 „HEGISS“ sollten die Verfasser neben der Darstellung der Problematik und Perspektive insbesondere auch den Aspekt bzw. die Erforderlichkeit der verbesserten „horizontalen“ Verzahnung (Bund-Land-Koordination) einbeziehen sowie auch den Aspekt des Auftrages einer „Service- und Vermittlungsagentur“.

Im Zusammenhang mit dem Artikel Nr. 11 „Beispiel EG DU“ wurde von den Anwesenden der Hinweis vorgebracht, dass die Darstellung konkreter erfolgen müsste, so insbesondere zur inneren Organisation, Kosten, welcher Beitrag im Hinblick auf sich verändernde (kommunale) Strukturen wird hierdurch geleistet, wie ist die Reaktion auf eine solche „neue“ Gesellschaft, etc.

In Bezug auf Artikel Nr. 12 und 13 kam von den Teilnehmern der Hinweis, dass die Artikel mehr Beispiele bzw. konkreter Inhalte liefern sollten (weniger Erfahrungsbericht) hinsichtlich Was wurde gefördert, Wie hat man es umgesetzt, mit welchen Mitteln, wer Akteur, etc.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes „Themenheft PLANERIN“ wurde noch das Thema SRL-Jahrestagung 2008 angesprochen. Hierzu wurde von Claus Sperr ein von der SRL Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein verfasster Entwurf über das inhaltliche Konzept und die hier möglicherweise zu behandelnden Themen verteilt. Die SRL Regionalgruppe hat sich vorgenommen, die Jahrestagung in Hamburg auszurichten, die unter der Überschrift „Integration“ stehen sollte. Bevor über die Inhalte des Papiers im Arbeitskreis diskutiert wurde, sollten die Teilnehmer kurz das Papier lesen.



VEREINIGUNG FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG

Zusammengefasst war die überwiegende Meinung der anwesenden Teilnehmer, dass das Thema „Integration“ für eine Jahrestagung wenig geeignet wäre. Vielmehr sollte das Thema Integration im Rahmen einer Jahrestagung unter dem Motto „Verstetigung Soziale Stadt“ behandelt werden. Integration als eigenständiges Thema einer Jahrestagung würde nicht für die SRL stehen sondern eher für Soziologen. Zudem wurde angemerkt, dass die zu behandelnden Fragestellungen zu breit ausgerichtet sein würden und eher den Charakter einer „theoretischen Vorlesungsreihe“. Das Thema sollte jedoch als integraler Bestandteil einer Tagung zur Sozialen Stadt behandelt werden, nämlich in Bezug auf die praktische Arbeit im Kontext von Stadt- und Quartiersentwicklung.

Wolfgang Oehler wurde gebeten, mit den Verfassern des Konzeptentwurfes bzw. mit den Regionalgruppensprechern Kontakt aufzunehmen und den Vorschlag besprechen, ob es vorstellbar ist, die Jahrestagung in Hamburg unter dem Motto „Verstetigung Soziale Stadt“ durchzuführen, bei der das Thema Integration als ein wichtiger Programmpunkt behandelt werden würde.

(Außerhalb des Protokolls: es hat mittlerweile ein Gespräch mit den Sprecherinnen der Regionalgruppe sowie mit Rainer Bohne und Jochen Hanisch gegeben mit dem Ergebnis, dass die Jahrestagung in Hamburg 2008 zum Thema IBA Hamburg Wilhelmsburg in Kooperation mit anderen Institutionen erfolgen wird. Eine weitere Halb- und Jahrestagung in Hamburg zum Thema Verstetigung Soziale Stadt wird es nicht geben können. Eventuell an einem anderen Tagungsort und zu einer anderen Zeit. Der Regionalgruppe evtl. auch in Zusammenarbeit mit Niedersachsen und Bremen ist offen, selbst eine Tagung hierzu durchzuführen.)

Der TOP 3: Leistungsbilder zur Qualitätssicherung wird auf die nächste Sitzung des Arbeitskreises verschoben

Zu Top 4: Sonstiges

Als neuer Termin für das nächste Treffen des Arbeitskreises wurde der 29. September verabredet, 11.00 bis 16.00 Uhr.